

Eine gute Rente für ein gutes Leben im Alter

Das LINKE Konzept einer Solidarischen Rentenversicherung
für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter



Ausgangslage

- Sinkende Zahlbeträge bei Alters- und Erwerbsminderungsrenten:
 - 7 Prozent bei der Altersrente für langjährig Versicherte
 - 14 Prozent bei voller Erwerbsminderungsrente; durchschnittliche volle Erwerbsminderungsrente liegt mit 634 Euro unterhalb Grundsicherungsniveau
- Zunehmender Bezug der Grundsicherung im Alter: seit 2003 Zahl um 60 Prozent gestiegen; Zahl der Beziehenden bei über 400.000; Dunkelziffer bei 60-68%; weit über eine Million bedürftig.
- Zunahme von Altersarmut (60% Median; nach Daten der EVS und des Mikrozensus, 4. Armuts- und Reichtumsbericht)
- Immer mehr minijobbende Rentner_innen: Unter den ab 65-Jährigen Zahl seit 2000 um 60 Prozent auf fast 800.000 gestiegen

Ursachen

- Erwerbslosigkeit und Niedriglohn
 - Ausweitung des Niedriglohnsektors: jede/r Vierte arbeitet für weniger als 10,36 Euro/Stunde
 - Senkung + Abschaffung der Beiträge bei Langzeiterwerbslosigkeit
- Verfehlte Rentenpolitik
 - Paradigmenwechsel Rot-Grün: Niveauabsenkung der gesetzliche Rente
 - Abschaffung der Berufsunfähigkeitsrente, stattdessen: nur noch rudimentärer Schutz gegen Erwerbsminderung
 - Zusammenstreichung des Solidarausgleichs
 - Rente ab 67 = vermehrte Abschläge für die Meisten

Niveauabsenkung + Riester-Desaster = Wiederkehr von Altersarmut

- Nach Rot-Grünen Rentenreformen von 2001 und 2004 soll das Rentenniveau bis 2030 von ehemals 53 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten (nach Sozialbeiträgen, vor Steuern) auf 43 Prozent absinken.
- Beschäftigte mit geringen bis mittleren Einkommen werden selbst bei langjähriger Beitragszahlung kaum mehr auf Renten oberhalb des Grundsicherungsniveaus kommen (siehe von der Leyens „Schock-Tabelle“).
- Durch Riestern kann diese Lücke nicht geschlossen werden, denn die Verwaltungskosten sind hoch, die Renditen niedrig. Und: Nur die Hälfte der Versicherten riestert.
- **Es droht: eine massenhafte Wiederkehr von Altersarmut**

Altersarmut ... wenn die Rente nicht mehr zum Leben reicht



Quelle: BZ, 06.09.2011

Regierungspolitik

- Die Vorschläge der Regierung gehen an Ursachen und Auswirkungen von Altersarmut vorbei.
- Das Rentenniveau soll weiter bis auf 43 Prozent sinken.
- Niedriglöhnen wird kein wirksamer Riegel vorgeschoben.
- Die „Lebensleistungsrente“, die statt der Zuschussrente kommen soll,
 - wird kaum jemand bekommen
 - ist zu niedrig
 - macht private Altersvorsorge quasi zur Pflicht
- Keine Gleichbehandlung von Zeiten der Kindererziehung vor und nach 1992.

SPD-Positionen

- Die SPD will eine Solidarrente einführen, mit der bei langjähriger Versicherung geringe Rentenansprüche auf 850 Euro aufgestockt werden, die Rente nach Mindestentgeltpunkten (unverändert) entfristen und Zeiten der Langzeiterwerbslosigkeit besser bewerten.
- Sie will das Rentenniveau durch mehr Beschäftigung und die Bekämpfung von „Erwerbsarmut“ stabilisieren.
- Die Niveauabsenkung soll nicht vollständig zurück genommen werden.
- Betriebsrenten sollen eine größere Rolle spielen.
- Die Rente ab 67 soll ausgesetzt werden, bis 50% der 60-64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind.

Die Position der Grünen

- Die Grünen wollen an der Niveauabsenkung auf 43 Prozent fest halten.
- stellen die Rente ab 67 nicht in Frage
- wollen Garantierente, mit der bei 30 Versicherungsjahren geringe Renten auf 850 Euro angehoben werden.

Die Antwort der LINKEN

**Eine Solidarische Rentenversicherung für einen sicheren
Lebensstandard und gegen Armut im Alter**



Quellen :

- Präsentation des Konzepts am 19.09.2012 durch Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger
<http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/rente-leben/>
- Parlamentarische Initiativen:
 - Rahmenantrag „Rentenversicherung stärken und solidarisch ausbauen – Solidarische Mindestrente einführen“
<http://www.linksfraktion.de/suche/?q=solidarische+Mindestrente&t=2%2C3%2C4%2C5%2C6%2C7&m=&j=&l=&a=>
 - sowie neun Anträge zu Einzelaspekten auf Bundestagsdrucksachen 17/10990-10998 vom Oktober 2012

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente

- Arbeitsmarktpolitik und Rentenpolitik müssen zusammen gedacht und gebracht werden. Denn gute Arbeit und gute Löhne bringen auch gute Rentenansprüche.

Deshalb:

- Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde
- Eindämmung prekärer Beschäftigung + Umwandlung von Minijobs
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten + Entgeltgleichheit herstellen.

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente



Rentenpolitische Grundsätze:

5 Kernforderungen

- Lebensstandardsicherndes Rentenniveau wieder herstellen
- Solidarische Rentenversicherung einführen
- Den Solidarausgleich stärken
- Solidarische Mindestrente einführen
- Solidarische Rente gerecht finanzieren

1. Lebensstandardsicherendes Rentenniveau wieder herstellen

- Sicherungsniveau wieder auf 53 Prozent des Nettodurchschnittsverdiensts der Versicherten (nach Sozialabgaben, vor Steuern) anheben (= Niveau vor Rot-Grünen Renteneinschnitten)
- Rente ab 67 vollständig zurücknehmen
- Riester-Subventionen in gesetzliche Rentenversicherung umlenken
- Ostdeutsche Renten auf Westniveau anheben

2. Solidarische Rentenversicherung einführen

- Kreis der in der gesetzlichen Rente Versicherten auf alle Erwerbstätigen ausweiten:

Auch Beamt_innen, Politiker_innen und Selbständige sollen (nach Stichtag) in gesetzliche Rentenversicherung einzahlen

- Beitragsbemessungsgrenze aufheben und hohe Rentenansprüche abflachen.

Das stärkt die Finanzbasis und die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung.

3. Den Solidarausgleich stärken

Deutschland unter den OECD-Staaten Schlusslicht bei den Renten für Geringverdienende, deshalb:

- Entfristung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, mit der geringe Rentenansprüche nach 35 Versicherungsjahren um das 1,5-fache auf bis zu Drei-Viertel des Durchschnittsverdienstes angehoben werden.
- Langzeiterwerbslosigkeit: Beiträge auf Basis des halben Durchschnittsverdienstes
- Drei Jahre Kindererziehungszeiten unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes
- bessere Anerkennung von Ausbildung + Pflege

4. Solidarische Mindestrente einführen

- Solidarische Mindestrente als Mindeststandard
- Einkommens- und vermögensgeprüfter Zuschlag oder Vollbetrag
- Individueller Anspruch auf Basis gesetzlicher Unterhaltsansprüche
- Keine Versicherungs- bzw. Beitragsjahre als Voraussetzung
- ausgezahlt durch Rentenversicherung
- Höhe: Sicherstellung, dass kein Mensch im Alter ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze hat; konkret: 900 Euro netto, schrittweise auf 1.050 Euro anheben.

5. Solidarische Rente gerecht finanzieren

- Verbesserungen beim Leistungsniveau, bei den Erwerbsminderungsrenten u. beim Rentenalter aus Beiträgen
- Andere Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut (Mindestrente, Beiträge ALG II-Zeiten, Rente nach Mindestentgeltpunkten Kindererziehungszeiten) aus Steuern
- Beitragsanteil durch schrittweise steigenden Beitragssatz, paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen: für die Beschäftigten billiger als Riester + Co.
- Steueranteil durch gerechte Steuerpolitik (Anhebung des Spitzensteuersatzes, Millionärssteuer etc)

Was bringen diese Maßnahmen?

- Mit dem Konzept der LINKEN hätten Rentnerinnen und Rentner je nach Einkommen um 20 bis 35 Prozent höhere Renten. Das macht zwischen 186 und 269 Euro mehr im Monat aus.
- Sie müssten dafür aber nicht mehr bezahlen als heute, sondern weniger. Denn die private Zusatzvorsorge könnte entfallen.
- Über die solidarische Mindestrente würden zu niedrige Rentenansprüche auf ein armutsfreies Niveau angehoben.

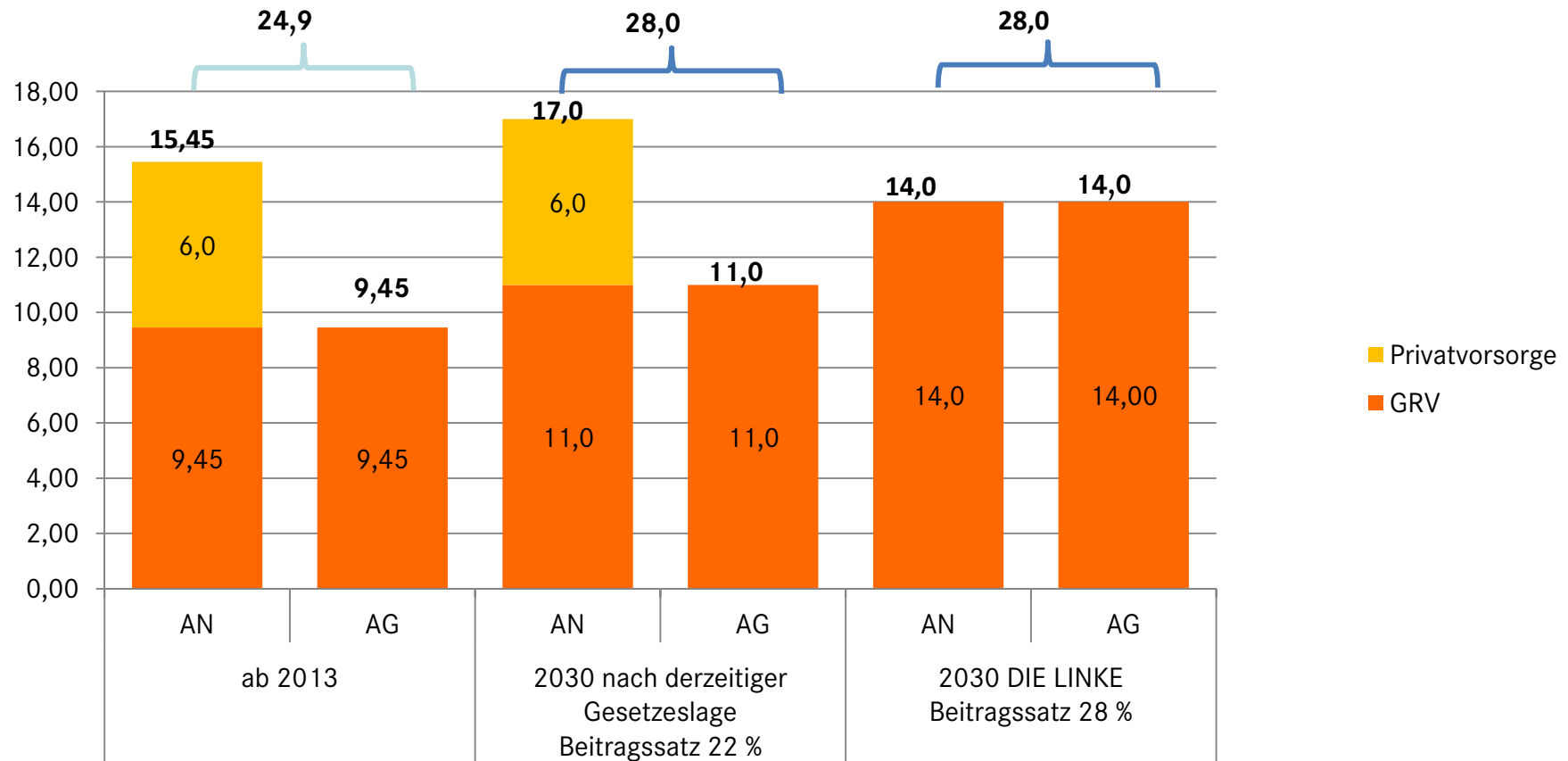
Wie viel Rente bekommen Sie im Alter?
Rentenanspruch nach 40 Jahren Arbeit heute und im Jahr 2030

monatlicher Bruttolohn	Rente in 2012	Rente in 2030	
		Bundesregierung	DIE LINKE*
1700 Euro	634 Euro	534 Euro	803 Euro
1900 Euro	709 Euro	597 Euro	803 Euro
2100 Euro	783 Euro	660 Euro	834 Euro
2300 Euro	858 Euro	723 Euro	909 Euro
2500 Euro	932 Euro	786 Euro	993 Euro
2700 Euro	1007 Euro	849 Euro	1072 Euro

Berechnung **Bundesregierung**: Rentenniveau 43 Prozent, Renteneintrittsalter 67 Jahre;
DIE LINKE: Rentenniveau 53 Prozent plus Solidarausgleich, Renteneintrittsalter 65 Jahre
 *Bei Bedarf Zuschlag auf solidarische Mindestrente, damit kein Mensch unter die Armutsrisikogrenze fällt.

Tragelast der Beschäftigten

Verteilung der Gesamtbelastungssatzes der Altersvorsorge
zwischen Arbeitnehmer_innen (AN) und Arbeitgeber_innen (AG)
in Prozent



Fazit

- Wenn die Arbeitgeber_innen wieder paritätisch an den Kosten beteiligt werden, ist eine Wiederherstellung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente möglich und für die Beschäftigten sogar billiger.
- In der Wiederanhebung des Rentenniveaus liegt ein Schlüssel zur Bekämpfung künftiger Altersarmut.
- Auch die Stärkung des Solidarausgleichs holt viele Geringverdienende und Frauen aus der Altersarmut.
- Damit niemand im Alter unterhalb der Armutsgrenze leben muss: solidarische Mindestrente einführen.

Nutzen wir unsere Möglichkeiten ...



Vielen Dank!

